

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Kapitalistisches Proletariat.

II.

Daß die Unternehmer ihren Arbeitern auf wirtschaftlichem Gebiete keine Gleichberechtigung zugestehen wollen, ist eine so bekannte Tatsache, daß wir nur darauf hinzuweisen brauchen. „Die sogenannte Gleichberechtigung der Arbeiter mit dem Unternehmer“, so schrieb der „Verein der Eisenindustriellen“ bereits vor einigen Jahren an den Minister des Innern, den Grafen Posadowsky, „weisen wir entschieden zurück. In der Politik und vor dem Gesetz hat der Arbeiter in unserem Vaterlande volle Gleichberechtigung (???) in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung ist er von ihr durch unsere bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unbedingt ausgeschlossen; denn auf diesen Gebieten tritt u. a. die Scheidung zwischen den Rechten der Arbeitgeber und den Rechten der Arbeiter ein, die von der Entwicklung der Verhältnisse geboten und als wesentlichste Grundlage für den Bestand derselben zu betrachten ist. Als eines dieser Rechte nehmen wir in Anspruch, daß der Arbeitgeber Herr in seinem Betriebe sein und bleiben muß, denn nur er ist für das Gedeihen seines Betriebes verantwortlich. Im Interesse der Gesamtheit ist es unmöglich, ihn von dieser Verantwortung zu befreien; widersinnig aber würde es sein, sie ihm zu belassen und anderen unverantwortlichen Personen das Recht der Mitbestimmung gleichzeitig zu gewähren. Ein Ausfluß des Rechtes, Herr in seinem Betriebe zu sein, ist aber unbedingt das Recht des Arbeitgebers, seine Arbeiter lediglich nach eigenem Ermessen auszuwählen und einzustellen.“ Und der Generalsekretär der „Vereinigten Innungsverbände Deutschlands“ brückte sich vor kurzem ähnlich aus, indem er schrieb: „Eine Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis gibt es wohl eigentlich nicht. Der Arbeitgeber trägt allein alle Verantwortung, er setzt seine Erfahrungen, seine Intelligenz ein, riskiert sein Kapital, während der Arbeitnehmer eine geringere Verantwortung hat. Aus diesem Grunde schon kann doch von einer Gleichberechtigung nur in beschränktem Umfange die Rede sein.“

Man sieht, Großindustrielle und Innungsverbände gehen in dieser Beziehung Hand in Hand, sie wollen weder dem Arbeiter eine Mitwirkung bei der Leitung der Arbeitsnachweise zubilligen, noch ihnen ein Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß einräumen. Selbst das Recht, zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeit niederzulegen, ein Recht, das in der Gewerbeordnung gewährleistet ist, will man den Arbeitern nehmen. So sprach sich die Dortmunder Handelskammer über den Streik folgendermaßen aus: „Unter diesen Verhältnissen heißt es doch, bei Streiks der meuternden Arbeiterschaft das Heft in die Hand geben, wenn ihren Parteigenossen die Möglichkeit geboten wird, die Werkbesitzer vor ihr Forum zu zittern, denselben dort ihre Bedingungen vorzulegen und sie zu Rede und Antwort zu nötigen. Unser Kaiser hat — leider mit vollem Recht — darauf hingewiesen, daß Ansehen und Autorität bei uns stark im Sinken begriffen seien, der Reichstag konnte keine schlimmere Antwort darauf geben, als einen Vorschlag zu machen, der das Recht des Besitzes ebenso in Abrede stellt, wie von der Sozialdemokratie Religion, Gesetz, Staatsgewalt und der militärische Gehorsam angefochten werden. Was beim Beamten schwere Disziplinarstrafen und Dienstentlassung nach sich zieht, beim Militär mit Erschießen bestraft wird — Gehorsamsverweigerung und Meuterei —, das soll der Arbeiter ruhig tun dürfen, ja er soll ferner das Recht erhalten, seinem Brotherrn die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen denselben gestattet werden soll, seine ausständigen Betriebe wieder in Gang zu setzen.“ Eine breitere Verbesserung der Autorität läßt sich nicht denken.“

Aber nicht nur auf rein wirtschaftlichem Gebiete befreit das Unternehmertum den Arbeitern das Mit-

stimmungsrecht und die Gleichberechtigung, sondern sogar auf politischem Gebiete will man die Gleichheit vor dem Gesetz in Frage stellen. Vermutlich sind unseren Kollegen die Wänder bekannt, die seit einigen Monaten im Gange sind, um das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht in Deutschland zu beseitigen. Schon in früheren Jahren sind hier und da aus dem Lager des Kapitalproletariats Stimmen laut geworden, die das Reichstagswahlrecht als ein Unrecht gegen „die nach Bildung und Besitz maßgebenden Bevölkerungsschichten“ bekämpften, neuerdings aber treten diese Entrechtungsversuche ganz offen und ungeniert zu Tage. Ein Herr Dr. Giesebrecht hat an eine Anzahl Vertreter des Großkapitals ein Rundschreiben erlassen, worin er unter dem Motto: „Politik ist die Kunst, die Massen zu führen, nicht wohin sie wollen, sondern wohin sie sollen“, einen Vorstoß gegen das Gleichheitsprinzip, speziell gegen das Reichstagswahlrecht, unternimmt. Der moderne Ritter St. Georg, der den Sozialismus töten will, weist zunächst darauf hin, daß man von einem Umschwung in der liberalen Anschauung von der Wahlgleichheit sprechen könne, es sei äußerst bezeichnend, daß auf Abänderung des Reichstagswahlrechts gerichtete Ideen gerade in der freisinnigen und demokratischen Presse Verbreitung und Zustimmung gefunden haben; hier wirkten Erkenntnis und Erfahrung gemeinsam und nur die Mächtigsten auf die Kunst der unteren Wählermassen hielte noch das freie Eingeständnis zurück. Wäre die Gleichheitskorrektur nicht auch eine Forderung der Konservativen, sie wäre heute schon ein Programmpunkt der Liberalen. Der Verfasser fährt dann wörtlich fort:

„Von weiterer Dringlichkeit und entscheidender Bedeutung ist auch der Umstand, daß das neue Aufschwellen der sozialistischen Stimmen bei den Wahlen das Bürgerturn zum Zusammenschluß gegen das die politische Vormacht an sich reißende Proletariat über den Parteien wegreiben wird. Unter diesen verheißenden Verhältnissen und Anzeichen folge ich gern dem mir unterbreiteten Vorschlag, den Freunden und Bekannten der Reformidee die Sammlung eines Agitationsfonds in der Höhe nahezu legen, die eine Massenverbreitung der Schriften über das ganze Reich, die Vereinfachung der Presse, Wandervorträge usw. ermöglicht. Die Abwehr der Sozialdemokratie wird ewig vergeblich bleiben, solange wir nicht aus unserem Staatsarundrecht das Gleichheitsprinzip ausmerzen, das den sozialistischen kommunistischen Staat von selber aufbaut. Dazu zwingt uns die Selbsterhaltung — der stärkste Trieb im Leben; das Notwendige aber ist immer durchführbar, wenn es zugleich das Logische und Natürliche ist.“

Diese Ausführungen, deren „Folgerichtigkeit und Ueberzeugungskraft“ besonders hervorgehoben wird, werden von zahlreichen großkapitalistischen Kommerzienräten, Direktoren, Handelskammerpräsidenten und ähnlichen Leuten warm befürwortet und mit Geldmitteln unterstützt. Diese Verschönerung zum Unsturz des bestehenden Reichstagswahlrechts wird demnach einen „Aufruf an das deutsche Bürgerturn“ richten, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Was bisher nur Theorie und Kritik war, die Ansicht, daß die Wahlgleichheit, die das Uebergewicht auf die ungebildete Menge mit ihrer bedeutenden Ueberzahl von Wählern legt, den Keim zu einer einstigen Staatsumbildung in sich trage, tritt plötzlich als Tatsache in die Erscheinung; mit unheimlicher Deutlichkeit und Sicherheit verschiebt sich die politische Vormacht von den jetzigen Trägern der staatlichen Ordnung und unserer Kultur auf die niederen Volksschichten, vom Bürgerturn auf das Proletariat.“ Ist nun die Statistik dieser ununterbrochenen Aufwärtsbewegung schon an und für sich lehrreich, so ist sie es in noch höherem Grade durch den Nachweis, daß lediglich das Reichstagswahlrecht die Sozialdemokratie als politischen Machtfaktor geschaffen hat, weil seine Gleichheitsbestimmung dadurch, daß sie den breiten Massen erst die Möglichkeit gab und den Weg zeigte, mit der parlamentarischen die Regierungsgewalt an sich zu reißen, den früher ausschließlich wirtschaftlichen Kampf auf das politische Gebiet übertragen hat. Diese Wirkung des Wahlgesezes aber, das einer einzelnen Volksklasse, der letzten, der dienenden, ein solch ungeheuerliches Vorrecht in starker Durchführung sogar die Alleinherrschaft im Staat zubilligt, das den Schwerpunkt nach unten verrückt, muß sich aus innerer Notwendigkeit fort und fort betätigen, bis die geistige und wirtschaftliche Ueberlegenheit völlig auf die rein ziffermäßige der rohen Kräfte übergegangen ist. Das zu verhindern, ist die nächste und wichtigste Aufgabe der angegriffenen bürgerlichen Gesellschaft, im allgemeinen Interesse wie im besonderen der Arbeiterschaft

und der agitatorisch aufgereagten Menge, die zur Staats- und Selbstregierung ebenso unfähig ist, wie ohne den Intellekt, die Kraft und das Empfinden der höheren Kreise zum Lebenswerk. Im direkten Gegensatz zur individuellen Freiheit steht aber die treibende Kraft des Reichswahlrechts — die persönliche Gleichwertigkeit im Gegensatz, weil diese Qualität des Wählers, seine Vorzüge in geistiger, moralischer und wirtschaftlicher Hinsicht, die jene befreit, zur Entfaltung und zur Erhaltung des Volkes die Vorherrschafft zwingt und alle übrigen Klassen und Stände des Einflusses auf die Gesetzgebung und Staatsleitung beraubt, die Verneinung und Aufhebung der Gleichheit bedeutet. Wahrlieh, die persönliche Gleichwertigkeit, die es sonst in keinem Gesetz und keiner Einrichtung, die es nirgend im Leben und in der Wirklichkeit gibt, ist nichts als ein abstrakter Gedanke, der an Absurdität in der ganzen Völkergeschichte nicht seinesgleichen hat. Widersinn und Unnatur zugleich, ist sie eine Anomalie und eben darum hat sie den abnormen Zustand über uns verhängt, aus dem uns nur ihre Ausrottung mit Stumpf und Stiel wieder befreien kann. Das ist die stürmische Forderung der Vernunft des Rechts und der beleidigten Menschenwürde.“

Man könnte eine solche Verdrehung der Tatsachen, eine solche prophanhafte Ueberhebung des Unternehmertums einfach mit seinem Lächeln der Verachtung bei Seite schieben, wenn sich darin nicht das Empfinden der Kapitalprogen und Innungsverbände wieder spiegelte. Allerdings schämt man sich noch, diese Ansichten offen zu äußern, weshalb man sie mit allerlei Floskeln und Rebeblumen verbrämt, dennoch aber gibt es schon einflussreiche Kreise und Propaganda, die ohne jede Verhüllung Farbe bekennen. So schreiben die „Hamburger Nachrichten“ vor kurzem: „Die Sozialdemokratie hat die Massen für sich und wird sie immer mehr für sich gewinnen. Das aber bedeutet nach den einfachsten Lehren des Cimmaleins die schlechtlie un-ausbleibliche Etablierung der Herrschaft eben dieser Massen, vorausgesetzt, daß man sich nicht rechtzeitig entschließen kann, mit einem Wahlrechte zu brechen, das der Stimme des politisch ungebildetsten Tagelöhners für die Wahlhandlung dasselbe Gewicht beilegt wie der des Staatsministers. Die Entwicklung unserer Zustände bei Fortdauer dieses Wahlrechts ist nach menschlichem Ermessen gleichbedeutend mit dem Anheimsfall des Deutschen Reiches an die Sozialdemokratie. Will man die Entwicklung unserer Zustände nach der sozialistischen Richtung hin verhindern, so bleibt nichts übrig, als eine rechtzeitige Aenderung des Wahlrechtes, und man sollte sich eintretenden Falles um so eher dazu entschließen, als ohne weiteres klar ist, daß, je später man dazu schreitet, sie um so schwieriger durchzuführen sein wird. Was heute vielleicht noch ohne heftige Erschütterungen des Staatskörpers möglich sein würde, kann in fünf oder zehn Jahren, wenn man sich gezwungenermaßen doch dazu bequemen muß, vielleicht schon Nevelten zur Folge haben, deren Vermältigung Ströme von Blut erforderte.“ Und der „Reichshot“, ein Berliner Pastorenblatt, äußerte sich folgendermaßen:

„Das Reichstagswahlsystem hat außer den Demokraten, denen es auf den Leib zugeschnitten ist, wenig Freunde. Unter vier Augen räsoniert alles über das unsinnige Wahlssystem, welches dem Hochgebildeten das gleiche Wahlrecht gibt, wie dem stupidesten Tagelöhner und dem Manne, welcher tausend Arbeitern Arbeit und Brot gibt, nicht mehr Recht gewährt, als dem letzten seiner Arbeiter, so daß dem Unternehmer 1000 Stimmen seiner Arbeiter gegenüberstehen. So wird die Masse der Herrschaft beraubt, die Masse, welche sich kueten läßt, wie Leig von den Agitatoren, die es verheihen, ihre Unzufriedenheit zu erregen und ihnen dann alles mögliche und unmögliche versprechen. Und diese Masse wird immer größer, weil alle die ehemals selbständigen Handwerker, Kaufleute und kleinen Bauern, die vom kapitalistischen Großbetrieb zur Aufgabe ihres Geschäftes getrieben werden, zu der Sozialdemokratie gehen, weil sie ja nun nichts eigenes mehr zu verteidigen haben, nachdem sie von dem kapitalistischen Kollektivismus enteignet sind. Jedermann sieht ein, daß das zum Verderben gereicht und daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht der sozialistischen Demokratie die Waffen zum Siege und zur

Bergewaltigung des Staates darreichte — aber man wagt es nicht, das öffentlich auszusprechen, weil man sich fürchtet, als Reaktionsär verdrängt und nicht mehr als Mann des Fortschritts und der Freiheit, wenn sie auch tatsächlich von der Sozialdemokratie tyrannisiert und kommandiert wird, angesehen zu werden. Obgleich man einseht, daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht die Waffe ist, mit welcher die Sozialdemokratie Staat und Gesellschaft sich unterwerfen und umstürzen wird, so ist der abergläubische Respekt vor dem demokratischen Phantom so groß, daß man es nicht wagt, seine Meinung auszusprechen. Aber die Zukunft in Staat und Kirche gehört doch nicht den demokratischen und subjektivistischen Windmühlern, sondern den Konservern, welche die Banne der Wahrheit mitbringen. Vorher freilich wird alles in den Wind geredet sein; aber wir erachten es für unsere Pflichten, all diesem Blendwerk gegenüber eckig und offen die Wahrheit zu sagen, und diese ist: daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht das Unglück Deutschlands ist und daß die Nation noch vor das Entweder, Oder gestellt wird: Entweder Reich und Staat und Gesellschaft — oder das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die Revolution und Umsturz.

So arbeiten Pfaffen und Junker, Großkapitalisten und Zinnungsarbeiter, Hand in Hand, um das arbeitende Volk zu entrechten, damit die Drohnen und Ausbeuter frei schalten und walten können. Aber die deutschen Arbeiter werden diesen Mäubern herbe auf die Finger klopfen.

Reminiscenzen zur Generalversammlung unserer Zentralkrankenkasse.

Zu Nr. 34 des „Vereins-Anzeigers“ hat Kollege N. in kurzen Worten den Verlauf der Generalversammlung der Zentralkrankenkasse der Maler geschildert und wohl nur hauptsächlich die Beschlüsse mitgeteilt, die leider in der Metropole der Intelligenz zu Tage gefördert worden sind. Auf der Höhe der Zeit und dem wirklichen sozialen Empfinden der arbeitenden Klasse hat diese Generalversammlung nicht gestanden, dies beweist, daß nicht allein schon verschiedene Hebel von der sozialpolitischen Gehegung sehr wenig Verständnis bewiesen, es mußte sonst den Delegierten bekannt sein, daß unmittelbar vor Schluss der letzten Legislaturperiode der Reichstag, im Anschluss an die Verabschiedung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz und mit dem Wunsch einer gründlichen Reform dieses Gesetzes (am 30. 4. 1903) einstimmig folgende Resolution fasste:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung der darüber einzutreten, ob nicht die drei Versicherungsarten (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung in eine organisch verbundene Verbindung zu bringen und die bisherigen Arbeiterversicherungsgesetze in einem einzigen Gesetze zu vereinigen seien.“

Wenn nun in einer politischen Körperschaft von allen Parteien dieser Beschluß einstimmig gefasst wurde, so ist man doch mindestens der Ueberzeugung, daß die Zielsetzung der Organisationsformen, die nicht bloß in der Dreiteilung der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung), sondern auch in jedem einzelnen Versicherungszweige zum Ausdruck kommt, nicht zum Vorteile der Versicherten liegen kann. Die Krankenversicherung zählt sieben verschiedene Klassenarten und über 23 000 Einzelleisten, die Unfallversicherung 65 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsvereinigungen, die Invalidenversicherung 31 Versicherungsanstalten, die einer wirklichen Popularisierung der Arbeiterversicherung das schwerste Hindernis bereiten. Aber gerade bei der Frage „Auflösung der Kasse“, war von einer wirklichen Popularisierung der Arbeiterversicherung, sie ihrer Vielgestaltigkeit zu entkleiden und das vereinfachte System der sozialen Versicherung einzuführen, von einigen Delegierten, hauptsächlich die von Berlin und einigen Vorortern gestellt, gar keine Rede. Dieselben entblödeten sich nicht einmal, und es waren dieses gerade Vertreter, die in dem wirtschaftlichen Kampf nicht genug Worte für die Zentralisation der Gewerkschaften im Munde führen, hier noch eine Dezentralisation der Hilfskassen zu fordern. Wollten diese Delegierten dadurch beweisen, daß bei einer Dezentrali-

Das Chemnitzer Schießen.

Der letzte Schrottschuß vom Chemnitzer Malerschießfest ist verhallt und ein blauer Pulverbunzt zieht in faulen Schwaden durch die Späthommerluft. Käufe und Bündelschlepper der malermeisterlichen Schrottschützen und Feuerbüchsen sind wieder eingestiegen und in Walle verpackt, der übrige Vogelbunzt wird vom geschäftsführenden Ausschuss in Verwahrung genommen, bis man ihn in zwei Jahren in München zu neuem Schmuck und Rauch entwickeln wird. Wir haben bisher alle Organisationen des malermeisterlichen Unternehmertums als das erkannt, betrachtet und — behandelt, was sie wirklich sind: als Spielereien, die sich im eigenen Kreise drehen, als Dinge, die zerfallen, sobald die Zentrifugalkraft an dem konzentrischen Begriff der Kollegialität härter zerrt, als diese Kollegialität aushalten kann. An diesem unsern Urteil, das uns zu dem berben, zuerst auf den deutschen Malerbund gemünzten Sturm, blecherne Arterien des Malergewerbes zu sein, veranlaßte, haben wir auch heute, da wieder einmal die „Ergebnisse“ eines solchen Lönens des schmückenden Bleches vorliegen, keinen Grund zu ändern.

Wenn wir uns nun trotzdem mit den „Ergebnissen“ (in Wirklichkeit gibt es ja keine negativen „Ergebnisse“) des Chemnitzer Schießens, genannt deutscher Malerbundestag näher befassen, so soll das durchaus keine würdige Anerkennung der Bedeutung der Malermeisterorganisationen sein. Wir sprechen nur deshalb von „Ergebnissen“, weil es sich diesmal vornehmlich um eine Frage handelt, die wir zuerst in Fluß gebracht haben, die durch unsere Agitation die Regierungen in Atem hält, und die schließlich auch mit einem Hauch ihrer Bedeutung das phlegmatische Malermeisterum gestreift und diese stagnierende Masse etwas angebraten hat. Das ist die Bleiweißfrage.

Wir haben bekanntlich ein Schweineglück! Vor wenigen Wochen machten wir die Entdeckung, daß im gegnerischen Lager der Bleiweißfreunde ein Hauptknap gegen uns ausgeheckt worden war, daß man dort mit Waffen kämpfte, die nicht lauter sind. Wie wir in dem Vortragsartikel in Nr. 33 des „Vereins-Anzeigers“ nachweisen konnten, hat man sich in den Kreisen der Bleiweißfreunde eines plumpen Schwindels bedient, um die öffentliche Meinung und die Regierungen zu Gunsten des Bleiweißes zu beeinflussen. Wie weit dieser Schwindel reicht, ist noch

hation der Kasse die Versicherten beauftragt werden können, um dadurch die Kasse womöglich zu entlasten und lebensfähig zu erhalten? Dann hätte man doch nicht indirekt die Mitglieder der Simulation verdächtigen, sondern dieselben direkt unter Polizeiaufsicht stellen sollen, damit noch einmal die Selbstverwaltung der ganz freien Hilfskassen gezerret wird. Daß dieses nicht zum Wohle der Versicherten liegen kann, glaube ich, ist nicht weiter zu erörtern; jedenfalls hat die Arbeiterfreundlichkeit einiger Delegierten bei der so wichtigen Frage „Auflösung“ hier stark mitgespielt, denn schon die Erfahrungen des privaten Vereins- und des politischen Parteiwesens ergeben, daß jede vermehrte Teilung zwischen Organen, die einem gemeinsamen Zweck dienen, auch vermehrte Reibungen bedingt und die Erreichung des Endziels erschwert. Die gegenwärtige Vielgestaltigkeit und Verpflüchtung der Organisation der Arbeiterversicherung bildet gerade ein ernstes Hindernis, ihre Leistungen entsprechend den neuzeitlichen Aufgaben und Anforderungen intensiver auszugestalten, ohne deshalb die Gesamtkosten zu erhöhen.

Welches sind nun die Beschlüsse der Generalversammlung und welchen Motiven sind dieselben entsprungen? Man hat einfach den Mut nicht gehabt, erhöhte Beiträge zu fordern und zu verlangen (trotzdem in der Novelle der Prozentfuß von 2 auf 3 erhöht, um die erhöhten Leistungen gewissenhaft zur Durchführung zu bringen) und zwar wohl nur aus Angst, die Versicherten würden bei der Frage „Erhöhung der Beiträge“, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen, unbedingt für die Auflösung stimmen. Es scheint aber wegen der Erhöhung der Beiträge noch ein anderer Gesichtspunkt maßgebend gewesen zu sein. Mitglieder der freien Hilfskassen müssen ihre Beiträge allein zahlen; also ist hier nur eine Entlastung der Arbeitgeber vorherrschend und vorgesehen, da ist es wohl schlecht möglich, die Versicherten noch weiter allein zu belasten; ein Ausnahmismittel, auf welches namentlich kleinere und weniger geschäftsgewandte Arbeitgeber verfallen, lediglich Mitglieder freier Hilfskassen einzustellen, wobei sie sich zugleich die eigenen Kassenbeiträge ersparen — ein Verfahren, das dem sozialen Zweck des Krankenversicherungsgesetzes, das gerade auf das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern grundsätzlichen Wert legt, durchaus zuwiderläuft.

Um dieser Verantwortung zu entgehen, speziell aber, um die bisherigen Handlangerdienste für die Arbeitgeber nicht offen hervorleuchten zu lassen, verfiel man einfach auch auf ein Ausnahmismittel der Arbeitgeber, die Leistungen zu kürzen. Ob dieser Beschluß zum Wohle der Versicherten geschehen, ob dieses dem sozialen Empfinden der Arbeiter nahe gelegen oder in der sozialpolitischen Gesetzgebung durch die Krankenversicherungsnovelle zum Ausdruck kommen sollte, möchte ich sehr bezweifeln, denn die größeren Krankenkassen erkennen es mehr und mehr als in ihrem eigenen Interesse, wie in dem ihrer Mitglieder liegend an, das Heilverfahren je nach dem Krankenmaterial mehr zu differenzieren, d. h. Schwerekranken, zumal bei unzulänglicher Häuslichkeit des Erkrankten der besten Krankenhauspflege zuzuführen, sofern öffentliche Krankenhäuser dazu nicht ausreichen, eigene Anstalten einzurichten; Melomaleszenten den Genesungsheimen zu überweisen und bloß Erholungsbedürftigen einen Freiluftort in den Waldschuttlungen zu gewähren, um so je nach Lage des Falles, unter zweckmäßigster Ausnutzung der verfügbaren Mittel, einen durchgreifenden Heilerfolg zu erzielen. Ich weiß hier gerade darauf hin, wie die Leipziger Ortskrankenkasse in sehr weitherziger Weise alle nationalen und internationalen hygienischen Bestrebungen fördert und welche bereits für ihre hervorragenden Leistungen auf der Pariser Weltausstellung 1900 die „Goldene Medaille“ zuerkannt erhielt.

Nun Schluß will ich noch kurz bemerken, daß einige süddeutsche Delegierten Unrichtigkeiten betrefend der Zwangsversicherung und der daran anschließenden freiwilligen Mitgliedschaft der Münchener Ortskrankenkassen gaben, die leider nicht widersprochen worden sind. Um den Raum nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, will ich nur darauf hinweisen, wenn man über Zwangsversicherung spricht, so muß man mindestens das Krankenversicherungsgesetz kennen, sonst kommt man in den Verdacht, nur die persönlichen Vorteile einer einzelnen Kasse gegen diejenigen der Allgemeinheit wahrzunehmen zu haben und zwar auch nur zum Schaden der Versicherten. W. B.

nicht abzusehen, bezüglich der Straßburger Malerinnung wie auch des Straßburger Geschäftes von Griesbach und Großmann gelang es uns, die Lüge bestimmt nachzuweisen. Wenn diese Lüge zur Last fällt, das können wir heute noch nicht entscheiden, es genügt einweisen zu konstatieren, daß in der Bewegung der Bleiweißfreunde notorische Lügner tätig sind.

Es kann selbstverständlich dem deutschen Malerbund, sofern er nur den geringsten Anspruch auf Reputation machen will, nicht gleichgültig sein, wenn solche Sachen mit Stillschweigen übergegangen werden, weil unter den Verdächtigen ein Teil aus Malern besteht und weil sich in Gesellschaft der Lügner und Gutachtenfälscher auch eine Anzahl Malerinnungen befindet, die dem deutschen Malerbund angehören. Deshalb hätte der deutsche Malerbund uns dankbar sein können, wenn wir ihn auf diesen Schwindel, falls der deutsche Malerbund wirklich noch nichts davon wüßte, aufmerksam machten und wenn wir ihm den Weg zeigten, wie er sich von einem verächtlichen Verdacht frei machen könne. Wir wollten ihm Gelegenheit geben, sich von dem nicht ausbleibenden Verdacht zu reinigen, daß der deutsche Malerbund oder seine Mitglieder in den Diensten der Bleifarbenfabrikanten lägerlich tätig seien. Wir forderten von Malerbund, er möge zeigen, daß er reine Hände habe. In 40 Resolutionen, die gleichzeitig in Chemnitz eingelaufen waren, legten die Filialen und Bahnhallen unserer Vereinigung aus den größeren Städten Deutschlands dem deutschen Malerbund nahe, die Handlungsweise der Bleifarbenfabrikanten, die mit erdichteten Zinnungsamen Melkame trieben, energisch zu verurteilen und auch die verräterische Handlungsweise der anderen Malerinnungen, soweit sie dem deutschen Malerbund angehören, zu rügen.

Also noch einmal, wir wollten den deutschen Malerbund veranlassen, zu zeigen, daß er reine Hände habe.

Da hat der deutsche Malerbund seine Hände versteckt. Herr Heinrich Gilge aus Magdeburg — wollemerkt aus Magdeburg! — der derzeitige und wiedergewählte zweite Präsident verles eine dieser 40 Resolutionen, die aus Danzig — und stellte sofort nach der Verlesung, weil er den Inhalt dieser Resolution beleidigend fand, den Antrag, die Versammlung möge wegen des beleidigenden Inhalts dieser Resolution — zur Tagesordnung übergehen! —

Lohnbewegung.

— Bezug nach Cassel, wofür unsere Kollegen noch ausgespart sind, ist streng zu vermeiden.

— Vor Bezug von Kassierern nach Schaffenburg (Wollfabrik Schwind) wird dringend gewarnt.

— In der Maschinenfabrik Lanz in Mannheim sind 15 Kollegen bis jetzt noch nicht eingestellt worden.

— In Gießen ist die Lohnbewegung beendet. Da unter den Meistern keine Einigung zu erzielen war, unterbreiteten unsere Kollegen, trotzdem die in Betracht kommenden Meister die Forderung bewilligt hatten, die Forderung dem Einigungsamt. Dies beschloß, daß der Mindestlohn auf 37 1/2 pro Stunde festgelegt wird.

— Die Casseler Maler- und Bleiweißmeister versuchen von auswärts Gehältern heranzuziehen, indem sie dieselben unter dem Vorwand von „Winterarbeit“ fördern möchten. In Hamm, wo am 27. August in den bürgerlichen Blättern „Maler und Aufreißer für Winterarbeit“ gesucht wurden, hatte der auf die Suche angezogene Bleiweißmeister Pressam (Jun.) aus Cassel die Rechnung ohne unsere Kollegen gemacht. Vorsichtiger Weise fragte er die sich einstellenden Gehältern, ob sie auch einem „politischen“ Verein angehörten, was natürlich alle verneinten. Daß ein Kollege einem „christlichen“ Verein angehören voraus, sind Gnade bei dem guten Mann, weil „dieses nichts schade“. Als unsere Kollegen erfuhr, daß sie nach Cassel sollten, machten sie Herrn Pr. darauf aufmerksam, daß doch dajelbst ein erbitterter Kampf stattfände, worauf er erwiderte, das wäre ja nur eine Aussperrung, sie sollten nur ruhig dahin kommen, für ihre Sicherheit wäre gesorgt. Bei Gebr. Hallo müßten sie sich werden; von da würden sie an andere Meister verschickt werden; sobald sie bei dem betn. Meister 14 Tage gearbeitet hätten, sollten sie sich erkundigen, ob auch „Winterarbeit“ da wäre, wenn nicht, möchten sie nur wieder zu Hamm gehen, da würde unbedingt für sie gesorgt. Es solle einmal den Casseler Gehältern gezeigt werden, daß die Bleiweißmeister auch von außerhalb geeignete Kräfte erhalten könnten. — Die Hammer „arbeitswilligen“ Kollegen sorgten nun dafür, daß der Meister genügend Unterstützung erhielt und einsehen mußte, daß überall, wo unsere Organisation Fuß gefaßt, auch das Band der Kollegialität und Solidarität die Mitglieder umschlingt. Auf diesen Schwindel fiel kein Kollege herein. Der reiche Kollege Pr. schüttelte alsbald den Staub von seinen Füßen und zog mit seiner besseren Gehältern, die er mitgebracht hatte, schleunigst ab. — Unsere Kollegen in Hamm mögen aus diesem Vorgange erkennen, was sie von der dortigen Malerinnung zu halten haben. Während einerseits sonst immer gellagt wird, daß es oft an Gehältern mangle, wird auf der anderen Seite Propaganda gemacht, damit Gehältern abreißen und ihren Arbeitskollegen an einem Orte in den Rücken fallen sollen, wo diese in der brutalsten Weise ausgespart wurden, ohne daß der geringste Grund zu Differenzen vorgelegen hätte. Das muß überall, wo Kollegen arbeiten, zur regsten Agitation angesetzt werden und der letzte Kollege wird erkennen müssen, daß nur durch eine machtvolle, wohlbisziplinerte Organisation solchen Scharfmachergelüsten entgegengetreten werden kann.

In Münster fand am 28. August das gleiche Manöver im Hotel Germania von 10—12 Uhr normittags statt, wo ein Herr in Damenbegleitung sich eingestellt hatte. Ein Kollege, der zur rechten Zeit auf dem Posten war, ergriff auf seine Frage zur Antwort, daß die Aussperrung in Cassel überhaupt nicht beigelegt und den auswärtigen „Arbeitswilligen“ 38—40 1/2 Lohn die Stunde bezahlt würde. Hier gelang es dem Werbeonkel, einige Dunne zur Reize nach Cassel zu gewinnen; natürlich gehörten die betreffenden zu jener Sorte, die nicht alle wird, was schon aus dem bloßen Gesichtsausdruck hervorging. Dann versagte man nicht, daß hier einer jener berühmten „Schwarzen Winkel“ ist, wo man seit Jahrhunderten systematisch die Volkerverdummung betreibt.

— In Blauen beschlossen unsere Kollegen die Lohnbewegung auf das nächste Frühjahr zu vertagen, da die Anrufung des Einigungsamtes des Gewerbegerichtes erfolglos war und Gewerberichter Mette unsere Kollegen von einem Streik abgeraten hatte. Die aufgestellten Forderungen sollen im nächsten Frühjahr rechtzeitig den

Wir haben ein Schweineglück. Herr Gilge war es, der das Medaillenfestgelein in der „Leipziger Malerzeitung“ eröffnete und Herr Gilge gehört auch der Magdeburger Malerinnung, wenn wir nicht irren, sogar deren Vorstand ist, derselben Magdeburger Innung, die im vorigen Jahre, wie wir in Nr. 3 des „B.-M.“ von diesem Jahre nachweisen konnten, schon eine Vorkaufgabe dieses Bleiweißschwindels veranstaltet hatte, die sich von den Karzer Bleifarbenwerken als Antimiermädchen für Bleiweißbegeisterung gebrauchen ließ. Daß sich da Herr Gilge besonders von dieser Resolution getroffen fühlte, in der von entwürdigendem Preisgeben, von Verrat an den Berufsgeossen im Gehälternstande gesprochen wurde, ist kein Wunder.

Aus diesem Gefühl, aus diesen retrospektiven Empfindungen heraus kam Herr Gilge — das sah man ihm an — zu dem Antrag, über diese Resolutionen zur Tagesordnung überzugehen.

Und dieser Antrag wurde angenommen. Damit hat der deutsche Malerbund gezeigt, daß ihm absolut jedes Empfinden für ein wirkliches Standesgefühl, ja, daß ihm jedes Ehrgefühl fehlt, er hat gezeigt, daß er gar nicht zu verstehen fähig ist, um was es sich eigentlich handelt und daß er gar nicht weiß, mit welcher Schande er das deutsche Malergewerbe bedroht, von dem er zu gleicher Zeit eine Ausstellung veranstaltet. Wir werden uns dies merken und rekapitulieren einstweilen zum besseren Gedächtnis:

Der deutsche Malerbund duldet es, daß die Interessengruppe der Bleiweißfabrikanten ein betrügerisches Spiel mit der sachlichen Autorität der Zinnungsamen treibt.

Der deutsche Malerbund duldet es, daß Malerinnungen, die ihm angehören, sich in den Diensten der Bleiweißfabrikanten stellen, wo ihnen nur Gelegenheit geboten ist, gestellte Fragen im Sinne der Bleiweißfabrikanten zu beantworten.

Und wir erklären deshalb: Der deutsche Malerbund, so klein er auch sei, ist deshalb keine würdige Vertretung des deutschen Malergewerbes, die er sein könnte und sein müßte, wenn er ein Gefühl für wirkliche Ehre hätte.

(Schluß folgt.)

Meistern überreicht werden. Unsere Kollegen haben jetzt mit regem Eifer an die Agitation herangegangen, um die große Mehrzahl der noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, denn angeblich sollen gegen 400 im Berufe tätig sein, während erst die Hälfte der Zitate angehört.

Aus unserem Berufe.

Verfallsfall. In Siegen zog sich Kollege G. Soase eine Verletzung des rechten Kniegelenks zu, als er mit einem Werkzeug an einer Decke beschäftigt war und plötzlich das Brett, welches auf zwei Stelldauern ruhte, mitten durch brach und beide herabstürzte. Der Verletzte kam mit dem Schwere davon. — Die erste Wundheilung an alle Kollegen, vor dem Gebrauch Seitens, Gerüste usw. sorgfältig zu prüfen, kann nicht oft genug wiederholt werden.

Zum Denunzianten herabgesunken ist das fürstlich ansehnliche ehemalige Mitglied P. Sauerborn-Wiesbaden. Am dem Kollegen Gerhold etwas am Jena sitzen zu können, begab sich S. nach dem Reichsgericht und verlangte Aufklärung, ob er, P. Sauerborn, sein Bruder Johann und ein Kollege August Schlorbach in die Angelegenheit verwickelt worden, er selbst sei aus der Verurteilung ausgeschlossen worden, die beiden anderen angeklagt, was nur bei seinem Bruder Johann zutraf, nicht aber bei Schlorbach. Jedenfalls habe Gerhold die Abmahnung nach nicht vollzogen, was doch laut Vereinsgesetz zu geschehen habe.

Mit dieser Denunziation hatte jedoch S. kein Glück, selbst dem Herrn Kommissar, vor dem Kollege Gerhold geladen war, erschien die Denunziation eigenhändig, nachdem der Kommissar selbst als ehemaliger Mitarbeiter seit 16. April 1893. Seine Mitgliedschaft mehr gemacht habe. Da das bekannte Gerhold in hier sehr tiefem Ansehen und sehr hoch angesehen war, hat sich der Kollege Sauerborn dem S. aufzufordern, den S. mit dem Kollegen Gerhold auf diese „neue Zitate“ zu richten. Der Sauerborn in dem Inhalt mit Schlorbach und Schlorbach haben eine „Stützorganisation“ gegründet, deren Mitgliederzahl uns nicht bekannt ist.

Wir sind indes gewiß, daß der S. aufzufordern keine Zitate annehmen wird, deren Mitglieder aus einer anderen Organisation ausgeschlossen werden könnten; denn solche Mitglieder gereichen keiner Organisation zur Ehre.

Wagnis aus Wochenschrift wurde vorige Woche nach der „Mittler Zeitung“ in Haderfelden der Malergesellschaft Aders Marius Wagnis aus Haderfelden in Dänemark, der bei dem Malermeister Adolf Wagnis in Arbeit gefunden. Eine Wagnis wurde dem „Staatsschreiber“ nur gewährt, damit das „von den Wagnis zum Wochenschrift“ große deutsche Werk nicht ins Wasser kam. Dafür marschieren wir auch „an der Spitze der Kultur“.

Versammlungs-Berichte.

Krankheit. Vor acht Wochen hielten wir wieder die erste Mitgliederversammlung seit dem vorigen Jahr ab. Unsere Zitate war sehr zurückgegangen. Doch ist es uns durch fleißige Agitation gelungen, dieselbe wieder in die Höhe zu bringen, so daß wir 23 Mitglieder zählten. Die Kollegen mochten es sich erlauben, nicht nur in die Versammlung zu kommen, sondern auch mitzubringen an der Agitation, bis der letzte Mann in der Organisation ist. Die heutigen Verhältnisse stehen traurig da. Denn dieselben sind durchschnittlich mit einigen Ausnahmen unter dem Hund. Zu den meisten Wertpapieren zahlen die Meister unter 37 $\%$ und in einigen sogar nur 30 $\%$ pro Stunde. Auch ist das Kost- und Logiswesen beim Meister wieder in 2-3 Werksstätten angeordnet, das wir vor zwei Jahren hier abschafften. Deshalb gibt es auf die Frage: „Wie können wir diese Hungerlöhne und Mißstände aus der Welt schaffen?“ nur eine Antwort: „Hinein in die Organisation, Mann für Mann!“

Meinungen. Die am Sonntag den 30. August abgehaltene Versammlung, in der Kollege Niefforn aus Weimar über den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation sprach, erfreute sich eines zum Beschluß leitenden der Kollegen und anderer Bauhandwerker. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen und hatte unsere junge Zitate eine Zunahme von zehn Mitgliedern zu verzeichnen, was zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Wichtige bald auch die gesamte Arbeitererschaft Meinungen den Weg zur Organisation finden, damit dann allgemein eine bessere Lebenslage erzielt wird.

Neuzeit. Am 6. September d. J. fand in Meyers Gasthof eine Versammlung zwecks Organisation statt, in welcher Kollege Markert-Düneburg referierte. Von den etwa 18 hier arbeitenden Kollegen, welche sämtlich eingeladen waren, erschienen außer zwei organisierten leider nur sieben Personen, wovon auch nur sechs aufgenommen wurden, während einer den Eintritt ablehnte, weil er in Kürze Meister werden will. Die nicht erschienenen Kollegen hatten sich zum Teil entschuldigen lassen, darunter einer wegen schwerer Erkrankung. Es wurde nun beschlossen, mit Rücksicht auf die vorläufig geringe Mitgliederzahl (8) und die eigenartigen Verhältnisse von der Gründung einer selbstständigen Zitate abzusehen, vielmehr der Zitate Düneburg als Zentrale beizutreten. Da nun von den heute ausgebliebenen Kollegen einige bereits bestimmt ihren Beitritt zugesagt hatten, außerdem einer von ihnen allerseits für einen Vertrauensposten in Aussicht genommen war, wurde, teils um jenen Kollegen ihren Anteil an der Gestaltung der Verhältnisse zugänglich zu machen, teils um die absichtlich ferngebliebenen Kollegen inzwischen mit Hilfe der neuen Mitkämpfer zu gewinnen, beschlossen, die definitive Wahl des Vertrauensmannes usw. bis zur nächsten Versammlung am 19. d. M. zu verschieben. Zum provisorischen Vertrauensmann wurde Kollege Seymann gewählt. Der Mitgliederbeitrag wurde, da der Düneburger Beitrag zu hoch erschien, auf 40 $\%$ festgelegt. Zum Vertreterslokal wurde Meyers Gasthof in der Schmiedestraße bestimmt.

Gewerkschaftliches und Soziales.

— Die am 15. und 16. August stattgefundene Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zentral-Verband der Typsetzer ergab ein ablehnendes Resultat. Von 9788 Mitglieder haben 7687 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, das sind 78,5 pSt. Die Beteiligung der Mitglieder an der Abstimmung war mithin eine starke. 2837 Mitglieder haben für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gestimmt, 4318 dagegen, 82 Stimmen

waren unglücklich; es ist also nicht einmal die einfache Majorität erreicht worden. — Auch im Schiffszimmerer-Verband hat eine Urabstimmung stattgefunden. Von den 2085 Mitgliedern haben 1659 ihre Stimme abgegeben und zwar 100 für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und 750 gegen dieselbe. Da die beschlossene Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde, gilt die Einführung für abgelehnt.

Gerichtliches.

Wegen Erpressung wurde am 20. August vor der Strafkammer in Gießen gegen fünf Arbeiter ein Urteil gefällt, das alles übertrifft, was bis jetzt an Urteilen dieser Art zu verzeichnen ist. Als vor einigen Monaten die Textilfabrikanten am Niederrhein den Beschluß faßten, sämtliche Arbeiter auszusperrn, kündigte auch die Firma W. Schrader u. Co. in Wörs bei Gießen ihren Arbeitern. Bevor es jedoch zur Ausperrung kam, zogen die Unternehmer die Mündigkeit zurück. Die Arbeiter der Firma Schrader nahmen dabei gleich die Gelegenheit wahr, um eine für sie lästige Zwangsmaßnahme, eine von der Fabrikleitung ins Leben getretene Sparkasse aufzulösen. Sie traten bei Gelegenheit der Ausperrung mit der Firma in Unterhandlungen wegen Auflösung der Sparkasse und Auszahlung des Guthabens. Die Verhandlungen führten zu keinem Resultat; da es sich um große Summen handelte — über 700 Arbeiter und bei manchen über 1000 \mathcal{M} . —, so scheint die Forderung Schwierigkeiten gemacht zu haben. Die Arbeiter beschloßen in einer Fabrikerversammlung, um der Firma entgegenzukommen, es sollten von jetzt an keine Abzüge mehr gemacht werden, zu Weihnachten sollten jedoch 15 Prozent des Guthabens ausgezahlt werden und nur eine kleine Anzahl Leute, die infolge der Mündigkeit sofort austraten, sollten ihr Geld gleich bekommen. Der Arbeiterausschuß, aus drei Mitgliedern des gerichtlichen und zwei Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes bestehend, erhielt den Auftrag, der Firma dieses Verlangen mitzuteilen, zugleich mit der Bemerkung, daß im Falle der Ablehnung beide Verbände die Sperrung über die Firma verhängen würden. Das tat die fünf Mitglieder des Arbeiterausschusses schriftlich und die Folge war eine Anklage wegen Erpressung und die Verurteilung der fünf Mann zu je 14 Tagen Gefängnis.

Eingesandt.

Neun Jahre gewerkschaftlichen Kampfes.

Im September dieses Jahres werden es 10 Jahre, daß die Zitate Würzburg besteht. Wenn wir einen Rückblick werfen auf die bisherige Entwicklung der Zitate, so werden wir finden, daß es eine ununterbrochene Kette von inneren und äußeren Kämpfen war, die die Zitate zu bestehen hatte. Es sei an dieser Stelle gestattet, eine kleine Vorgeschichte der jetzigen Organisation zu erwähnen.

Der Organisationsgedanke war von jeher schon bei den Würzburger Kollegen vorhanden, bewegte sich jedoch mehr auf lokalem Gebiete. Es bestanden drei Fachvereine, die aber mehr Vergnügungsvereine waren und stets nach kurzer Dauer der Auflösung verfielen. Im Jahre 1870 bestand schon ein Fachverein und es wurde auch damals in einem Streik eingetreten. Erreicht wurde die 10stündige Arbeitszeit, Wesperrufen, Lohnerhöhungen und Sonntags um 5 Uhr Schluss bei voller Bezahlung. Aber nur kurze Zeit dauerte die Herrschaft. Die Kollegen ließen die damals nur lose Organisation im Stich und so kam es, daß bald wieder vieles davon verloren ging und sich nur die 10stündige Arbeitszeit und die Wesperrufen erhielten. Der damalige Wortführer Wächner, der auch nebenbei bemerkt in politischer Beziehung bei dem ehemaligen allgemeinen bayerischen Arbeiterverein eine gewisse Rolle spielte, wurde bald Meister.

Im Lauf der 80er Jahre wurden wieder Fachvereine gegründet — für kurze Dauer.

Im Frühjahr 1892 gründete sich wieder ein Fachverein (Kokal Wuerhahn). Es war dies der letzte. Vorstand derselben war der jetzige Malermeister Müller. Die Aufnahme betrug 70 $\%$, der wöchentliche Beitrag 10 $\%$, 3 Wintermonate frei. Nach dem Statut war der Zweck des Vereins „Förderung der geistigen und gewerblichen Interessen“. Dieser Zweck sollte erreicht werden durch streng wissenschaftliche (1) und fachgewerbliche Vorträge und Vesperrufen allgemeiner Fachangelegenheiten.“ In Wirklichkeit aber bestanden diese „streng wissenschaftliche“ Zwecke usw. in ganz gemüthlich und auch meist recht oft in ungemüthliche Saufgelage und deren Folgen. Man sah nun allmählich selbst ein, daß diese Organisation keinen Zweck hatte, die Mitglieder verließen sich und so wurde durch eine embernere Generalversammlung im Juni 1893 beschlossen, den Verein aufzulösen bzw. in eine Krankenunterstützungskasse umzuwandeln. Es traten etliche 35 Mann über. Man sagte damals wörtlich: „Man könne hier doch auch keine gewerblichen Interessen vertreten.“ Wie dies aber gemacht wurde, darüber schweigt man am besten. Diese Krankenkasse besteht noch.

Im Mai 1893 traten nur einige Kollegen zusammen, die den Wert der Zentralorganisation schon kennen gelernt hatten und beschlossen, auch hier eine Zitate zu gründen, zumal ja die Auflösung des alten Fachvereins bevorstand. Im September desselben Jahres trat dieser Verein dem Zentralverband als Zitate bei und gehört nun seit dieser Zeit ohne Unterbrechung demselben an. Erst im Jahre 1895 fand ein Umschwung statt, wo erst denkende Kollegen daran gegangen waren, die Lohverhältnisse zu bessern. Eine zum ersten Male aufgenommene Statistik gab den Anstoß zur Lohnbewegung, da das Resultat der Statistik den Kollegen so recht das traurige Bild ihrer Lage vor Augen führte.

Im März 1896 wurde der Lohnstreik ausgearbeitet und eingeleitet. Die Hauptforderung war Festlegung eines Minimumlohnes, allgemein 15 pSt. Aufbesserung, bessere Bezahlung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Fassadenarbeit usw. Die Forderung wurde durch die Forderungen ab, nur in einer Werkstätte wurde der Tarif durchgeführt, in den anderen nur teilweise. Jedoch fand eine allgemeine Lohnaufbesserung statt, so daß ein großer Teil der Kollegen sich damit zufrieden gab. 1897 kam es in 5 Werkstätten zum Streik. Dieselben bewilligten die Forderungen nach dreitägigem Kampfe mit einigen Abänderungen. Wenn auch durch die Dauer so vieler Kollegen nicht alles erreicht wurde, so ist doch im allgemeinen eine bedeutende Besserung in den Lohverhältnissen einetreten und auch denen zu Gute gekommen, die sich bei der ganzen Sache passiv verhielten und hinterher sagen konnten: „Wir ham's ja doch kriegt!“ Aber nicht bedachten, daß sie dies nur der Organisation zu danken hatten. Die Forderung hatte den Wert der Organisation für uns kennen gelernt, vielmehr als unsere Kollegen selbst und arbeitete deshalb offen und im geheimen dahin, den

Verband zu Grunde zu richten. Aber wir hatten die Gewohnheit, daß nicht wir, sondern die Forderung zu Grunde ging, ebenso die davon folgende Zwangsmaßnahme, welche sich mit 34 gegen 2 Stimmen auflöste, der Verband dagegen immer noch besteht.

Auch manche früher organisierte Kollegen, die aus Dunkel, Unwissenheit oder Schamlosigkeit der Organisation den Rücken kehrten und dagegen arbeiteten, haben ihren Plan, die Organisation zu sprengen, nicht erfüllt. Wir hatten die Gewohnheit, einmal unsere Zitate auf der Generalversammlung des Verbandes vertreten zu haben. Durch wiederholte Nachdrucke suchten wir den Kollegen auch nach der Richtung etwas zu bieten und immer mehr am Verband zu festeln. Die Einrichtung der Hauskassierung trug viel mit dazu bei, die aufreibende Tätigkeit der wenigen Kräfte zu unterstützen.

Nun scheint allmählich eine Wendung zum Besseren eintreten zu wollen. Ein größerer Geschäftsaufschwung macht sich bemerkbar und wir wollen deshalb versuchen, diese günstige Situation zu unserem Vorteil auszunutzen. Durch unermüdete Arbeit der letzten Wochen ist es uns gelungen, in St. Vetschhofheim, Göttingen, Buchberg, Waddehüllsbömm und Göttingen Zitate zu gründen. Auch die Zitate Seebinsfeld hält sich ganz gut und so steht zu erwarten, daß wenn alle Kräfte zusammen arbeiten, jeder seine Schuldigkeit tut, es möglich ist, so an Zahl zuzunehmen, um im kommenden Frühjahr mit Vorberathungen heranzutreten, die Lohnbewegung zum günstigen Abschluß bringen zu können. Das Resultat unserer neuesten Statistik zeigt, daß vieles von dem früher erlangenen verloren gegangen ist.

Kollegen! 10 Jahre harten Kampfes liegen hinter uns und wir berufen uns dies ernstlich, der unüberdrossen diese Jahre mitkämpfen hat und wachlich wir haben alle Ursache diesen Gedanktag zu feiern und mit berechtigtem Stolz können wir zurückblicken. Es soll uns stets ein Ansporn sein, immer intensiver zu arbeiten. Möge das nächste Dezentennium in die nächste Zeit schon uns Kräfte der Saat bringen. Wir wollen uns aus neue geloben, fest zusammen zu stehen, als ein würdiges Glied der modernen Arbeiterbewegung. Der Verband sei der Hort aller Kollegen, uns zum Auf, den Gegnern zum Trotz! Vorwärts!

Seit Anfang der Streitigkeiten in Göttingen verfolgen wir dieselbe mit großer Aufmerksamkeit und glaubten endlich, die Sache sei zu Gunsten der Organisation entschieden; dies war jedoch dem Protokoll der Generalversammlung nach nicht der Fall, weshalb wir unsere Meinung an dieser Stelle bekannt geben möchten.

Die Hauptfrage hierbei ist der Ausschluß des Kollegen Schmidt-Götting, wodurch wir uns zurückgesetzt fühlen, indem man unsere Delegierten ausgeschlossen hatte. Wir hatten den Ausschluß des Kollegen Schmidt von der Generalversammlung für nicht angebracht, diese Angelegenheit hätte auf einem Provinzialtag besprochen werden müssen, da waren die Zitate des Bezirkes vertreten, da konnte man hören, ob diese Ausschließungen auch wirklich war sind. Wir bestreiten dies, es sind im Gegenteil verlenberische Unterstellungen von schäblicher Seite aus, und wenn, wie wollen es annehmen, die Sache wirklich in ein paar Fällen nicht ganz gestimmt hat, so ist doch alles wieder beizugehen und man braucht nicht gleich ein Klein-Kriegchen für ein großes Verbrechen zu halten.

Wenn es heißt, die Mitgliederzahl in unserem Bezirk sei zurückgegangen durch schlechtes Arbeiten der Agitationskommission, so ist das falsch. Die Ursache des Rückgangs liegt ganz wo anders. Kollege Schmidt hat hier stets mit Erfolg gearbeitet und in unserer Ecke keine unübige Tour gemacht. Unsere für die Organisation ganz günstig abgelaufene Lohnbewegung haben wir nur der geschickten Leitung des Kollegen Schmidt zu verdanken.

Wir wollen nun nicht jede Beschuldigung, die Schmidt zur Last gelegt wird, einzeln durchgehen, dies würde zu viel Raum in Anspruch nehmen. Wir protestieren aber ganz entschieden gegen jeden einzelnen Fall. Wir halten Schmidt nach wie vor für einen ehrenhaften Kollegen und eruchen den Hauptvorstand, die Wiedereinnahme des Kollegen Schmidt zu bewerkstelligen. Mögen alle anderen Zitate im Thüringer Bezirk die Sache genau prüfen und ihr Urteil hierüber abgeben.

Zitate Friedrichroda.

NB. Eigentümlich erscheint uns diese Erklärung gegenüber dem Labbesand, der besonders den Mitgliedern der Zitate Friedrichroda nicht unbekannt sein kann. Wir wollen denselben hier kurz nochmals wiedergeben.

Sonnabend, den 15. Juni 1901, hat Schmidt im Auftrag der Agitationskommission in einer Versammlung der Zitate Friedrichroda referiert, dafür hat Sch. sich laut Rechnung vom zweiten Quartal 1901 der Agit.-Stom. 10 \mathcal{M} Diäten und 3 \mathcal{M} Fahrgehalt ausbezahlt lassen. Ferner laut Rechnung der Zitate vom selben Quartal 8 \mathcal{M} . Also insgesamt 21 \mathcal{M} für ein Referat in Friedrichroda. Friedrichroda ist von Göttingen aus in zwei Stunden mit der Bahn zu erreichen.

Nach verschiedenen Schreiben an die Agitationskommission, wie auch an die Zitateverwaltung in Friedrichroda, soll Sch. 5 \mathcal{M} zurückgezahlt haben, jedoch von der Zitate selbst ist an die Hauptkasse eine Rückzahlung nicht erfolgt, so daß bei der Schuldenentlastung auf der Generalversammlung in Berlin die von Sch. aus der Zitatekasse erhaltenen Gelder auf die Hauptkasse abgewälzt wurden.

Sollten die Mitglieder der Zitate Friedrichroda sich mit dem Ausschluß des Sch. durch die Generalversammlung nicht einverstanden erklären können, dann mögen sie sich an die Hauptverwaltung wenden, um noch weitere Manipulationen des Sch. nach dieser Richtung hin zu erfahren.

Da die Generalversammlung in Sachen Sch. entgültig entschieden hat, können Einsendungen oder sonstige Verträge, die hierauf bezug nehmen, keine Aufnahme mehr finden. Die Redaktion.

Literarisches.

Heft V der „Mappe“ ist erschienen und bringt u. a. prächtige Tafeln für Kirchenmalerei, die sicher überall gute Aufnahme finden werden. Zahlreich erscheinen auch die Hefte der „Mappe“ und 52 Nummern der „Deutschen Malerzeitung“ insgesamt zum Preis von 12 \mathcal{M} . Verlag Georg D. W. Callwey-München. — Bemerken wollen wir, daß die Hefte jetzt in einem Umflag vor starkem Papier erscheinen, was nur zu begrüßen ist, da dadurch die Tafeln ungebroschen tadellos in die Hände der Abonnenten gelangen.

Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Auf Kunstbrud-Station nach den besten Aufnahmen. (Kartongröße 57 X 77 Zentimeter.) Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Einzelpreis 60 \mathcal{P} , Porto 30 \mathcal{P} .

